Zeitschrift: Rote Revue - Profil : Monatszeitschrift
Herausgeber: Sozialdemokratische Partei der Schweiz
Band: 67 (1988)
Heft: 2

Artikel: Der Kampf um das Elysée hat bereits begonnen : Rassismus oder Menschlichkeit?

Autor: Scheuer, Krista

DOI: https://doi.org/10.5169/seals-340588

Nutzungsbedingungen
Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Mehr erfahren

Conditions d'utilisation
L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. En savoir plus

Terms of use
The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. Find out more

Download PDF: 11.07.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, https://www.e-periodica.ch

Rassismus oder Menschlichkeit?

Von Krista Scheuer

Rassenhass oder Gleichberechtigung, Chauvinismus oder Menschlichkeit – unter diesen Vorzeichen hat die erste Phase der französischen Wahlkampagne für die Neubesetzung des Elysée begonnen. Als Schlüsselfigur präsentiert sich schon jetzt lautstark Jean-Marie Le Pen mit der Forderung nach massiver Ausweisung von Millionen «Ausländern» und «Zugewanderten». Sein Gegenspieler ist ein junger Mulatte und Neuling im politischen Getriebe, ohne Parteizugehörigkeit, jedoch mit Ideen, die er in einfacher und überzeugender Weise zu vertreten weiss.

Harlem Désir, 28, ist Initiator und Vorsitzender der antirassistischen Bewegung «SOS-Racisme». Er kam in Paris als Kind einer sogenannten Mischehe zur Welt. Sein Vater, Volksschullehrer, stammt aus den Antillen, und seine Mutter ist Elsässerin. Harlem personifiziert somit zwei von Frankreich seit Generationen verwaltete Provinzen: die fernen Inseln im Karibischen Meer und das in zwei Weltkriegen umstrittene Elsass. Er heisst wirklich Harlem Désir, das ist kein phantasievolles Pseudonym. Désir heisst im Französischen soviel wie Sehnsucht. Und den Vornamen Harlem bekam er von seinen Eltern «zur Erinnerung an die farbige Diaspora»; die Vorfahren der Antillais waren Negersklaven, die von Weissen in die westindische Inselgruppe zwischen Karibik und Atlantischem Ozean verschleppt wurden.

Für Le Pen ist Harlem Désir ein rotes Tuch. Er will ihm sogar den gut klingenden Namen abstreiten: «Zu schön, um wahr zu sein. Sicher heisst er in Wirklichkeit ganz anders.» Die Rechtsradikalen betrachten Harlem und seine Freunde weiterhin als Fremdkörper im Haus der französischen Nation, das vor «Rassengemisch» bewahrt werden soll. Mörderische Überfälle rechtsradikaler Rowdies oder rabiater Spiesser auf dunkelhäutige Mitbürger – rund 50 rassistische Mordtaten in den letzten Jahren – und die fremdenfeindliche Hetze gegen die hier lebenden «Gastarbeiter» geben SOS-Racisme immer wieder neuen Auftrieb.

Schon vor zwei Jahren versammelten sich Hunderttausende, hauptsächlich junge Menschen, auf dem Pariser Concorde-Platz zu einem Volksfest gegen Rassenhass. Das Wahrzeichen mit der ausgestreckten Hand – «Rühr meinen Kumpel nicht an» – machte Furore. Es war kein Strohfeuer, wie man zuerst angenommen hatte: Die Bewegung hat rund 50000 eingeschriebene Mitglieder und aktive Anhänger auch ausserhalb Frankreichs, insbesondere in Belgien, Schweden, Norwegen, der Schweiz und Kanada. Ein internationaler Kongress ist für März 1988 in Montreal anberaumt. Die Vorwahlkampagne gibt zusätzlichen Antrieb. In 50 französischen Städten wurden in letzten Herbst Kundgebungen abgehalten. Harlem Désir ist überzeugt: «70 Prozent aller Franzosen sind mit uns einverstanden.»

Tatsächlich entscheiden die Frühlingswahlen nicht zuletzt auch zwischen Gleichberechtigung oder Apartheid von vier Millionen Ausländern, die derzeit in Frankreich leben, hauptsächlich in Paris und Umgebung, im Raum zwischen Marseille und Lyon und in Südfrankreich: anderthalb Millionen Nordafrikaner (800000 Algerier, 500000 Marokkaner und 200000 Tunesier), 860000 Portugiesen, 67000 Jugoslawen. Diese Einwanderer sind zumeist Hilfsarbeiter oder sogenannte «angelernte Kräfte», für Frankreichs Industrie und Wirtschaft seit vielen Jahren von grossem Nutzen. Mit der wachsenden Arbeitslosigkeit schwindet aber die «Gastfreundschaft». Der gaullistische Premierminister Chirac meint: «Frankreich ist eine gute Mutter, aber sie hat nicht mehr die Mittel, die vielen Ausländer zu versorgen, die unsere Gastfreundschaft missbrauchen. Die Toleranzgrenze ist überschritten, vor allem in bestimmten Bezirken.»

Rechtspolitiker phantasieren tatsächlich von Apartheid mit Ghettos oder Townships für «unangepasste» Ausländergruppen. Andere stellen der Gastarbeiterzahl stumpfsinnig die ungefähr gleich hohe Arbeitslosenziffer gegenüber und behaupten: «Sie nehmen uns die Jobs weg.» Dabei würden in manchen französischen Grossbetrieben, insbesondere in der Automobilindustrie, bis zu 70 Prozent der Arbeiter wegfallen, wollte man die Ausländer heimschicken, und es gäbe zum Grossteil keinen Ersatz für sie. Und in Südfrankreich klagen Kaufleute und Dienstleistungsbetriebe über Verluste infolge örtlicher Rückwanderungswellen unter ihren ausländischen Kunden.

Verjüngungskur für die alternde Marianne

Zu Ende der 19. und Anfang des 20. Jahrhunderts gab es in Frankreich grosse Einwanderungswellen – holländische Zimmerleute, italienische Maurer, polnische Bergarbeiter, die sich jedoch sehr schnell, oft schon in der ersten Generation, eingliederten. Frankreichs Geburtenrate fiel seit Beginn des 19. Jahrhunderts ständig, während sie vorher relativ hoch lag. Nach den Napoleonischen Kriegen mit ihrem unerhörten Aderlass förderte Frankreich die Einwanderung, um seine Wirtschaft aufrechtzuerhalten, während Engländer und Deutsche damals aus Not ihre Heimat verliessen. Nach der Ausblutung im Ersten und Zweiten Weltkrieg wurde die Einwanderung ebenfalls als lebenswichtig empfunden. Sie bedeutete nicht nur Beschaffung von Arbeitskräften, sondern brachte Beibehaltung der Bevölkerungsdichte und – Kanonenfutter für Kolonialkriege. Hier liegt der Grund für die relativ grosszügige Einwanderungspolitik Frankreichs bis in die letzten Jahrzehnte mit dem «jus soli», dem automatischen Recht auf die französische Staatsbürgerschaft der in Frankreich geborenen Kinder von Ausländern. Manche Soziologen meinen sogar, dass Frankreich aufgrund des fortdauernden Geburtenrückgangs bald wieder die Einwanderung fördern muss.

Nutzniesser des «jus soli» sind insbesondere rund 700000 junge Nordafrikaner (im Vorstadtslang «Beurs» genannt), die die französische Staatsbürgerschaft besitzen, weil sie in Frankreich zur Welt gekommen sind. Ihre Zahl wächst jeder Jahr um 20000–30000. Was für sie im Alltagsleben jedoch zählt, ist die Hautfarbe und nicht ihr Pass. Ausserdem plant die Regierung Chirac nun eine Gegenreform in Form des «Code de la Nationalité». Demnach sollen die «Beurs» und andere Kinder ausländischer Eltern nicht mehr automatisch als Franzosen anerkannt sein, sondern erst unter bestimmten Voraussetzungen und nach einigen Schwierigkeiten vollberechtigte Staatsbürger werden können. Harlem: «Die Gleichheit bei der Geburt gilt bis jetzt als Grundrecht, und dabei soll es bleiben.»

Chirac steht nun unter doppeltem Beschuss. Einerseits fordert Le Pen verschärfte Ausländergesetze und macht dem regierenden Bürgerblock zum Vorwurf, vor der «Überfremdung» zurückzuweichen. Der Front National verlangt zusätzliche Riegel: «Die französische Staatsbürgerschaft muss jeder Kandidat erst verdienen.»
Andererseits fordert die französische Linke im Gegenteil eine Verbesserung der gesetzlichen Verfügungen und die Gleichberechtigung der «Immigrés» mit den «Einheimischen». Falls die Gegenreform durchgesetzt werden sollte, rechnet man mit grösseren Protestbewegungen, insbesondere an den Schulen und Universitäten. Schon in den grossen Studentenstreiks im Dezember 1986 hatte der Widerstand gegen fremdenfeindliche Projekte eine wesentliche Rolle gespielt.

Innerhalb der Pariser Rechtsregierung gibt es zu diesem Komplex tiefgehende Meinungsverschiedenheiten. Ein erster Entwurf der Gegenreform musste deshalb bereits wieder zurückgezogen werden. Voraussichtlich wird die endgültige Fassung eines neuen «Code de la Nationalité» erst nach der Präsidentenwahl dem Parlament vorgelegt. Vorerst wurde ein «Rat der Weisen» eingesetzt, der alle Betroffenen anhören soll, ausserdem wurde im Regierungsauftrag eine Studie über «Rassismus und Diskriminierung in Frankreich» angefertigt. Der liberal-gaullistische Abgeordnete Hannoun schlägt darin unter dem Titel «Der Mensch ist die Hoffnung des Menschen» 53 Massnahmen vor. Sie reichen von «Aufklärung» an den Schulen über härtere Bestrafung rassistischer Vergehen, Schaffung besserer Vertretungsinstanzen für Ausländer und Reformen in den zuständigen Ämtern bis zur Respektierung der islamischen Traditionen bei Begräbnissen. Chirac wollte mit diesen Aktionen seinen «guten Willen» unter Beweis stellen, denn inzwischen wurden die «Beurs» auch als Wählerpotential entdeckt. Linksparteien und Gaullisten bemühen sich, diese jungen Französinnen und Franzosen nordafrikanischer Herkunft zur Eintragung in die Wählerlisten zu bewegen. Bis vor kurzem hatten diese dafür wenig Interesse gezeigt.

Rund 700000 wahlberechtigte «Beurs» könnten nämlich den Kampf ums Elysée entscheidend beeinflussen; das ist ungefähr der Abstand in landesweiten Stichwahlen zwischen Bürgerblock und Linksparteien. Daher Le Pens Rage und Harlem Désirs Elan an der Schwelle eines für Frankreich entscheidenden Jahres.